

## DEUTSCHLAND

## SPD hat „vorsorgenden Sozialstaat“ zum Ziel

BERLIN. SPD und CDU starten heute Debatten über neue Grundsatzprogramme. Die SPD will das Modell eines „vorsorgenden Sozialstaats“ zur Leitlinie machen, der die Menschen stärker fördert und aktiviert und durch mehr Investitionen in Bildung von vornherein vor Arbeitslosigkeit und Armut schützt. Dagegen will die CDU die Rolle des Staates zurücknehmen und ihn auf Kernaufgaben beschränken.

## Absage an Pkw-Maut

BERLIN. Die Einführung einer allgemeinen Auto-Maut bleibt in der großen Koalition umstritten. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) wies gestern einen erneuten Vorstoß aus der CSU zur Einführung einer Pkw-Vignette zurück. „Eine Pkw-Maut steht nicht zur Debatte“, sagte der Minister. „Die Autofahrer sind genug belastet.“

## „Ärzte-Streik ausweiten“

DÜSSELDORF. Im Tarifstreit der Ärzte an Uni-Kliniken hat die Gewerkschaft Marburger Bund mit einer Verschärfung des seit Wochen andauernden Streiks gedroht. „Wir werden uns überlegen, ob wir nicht die ganze Woche streiken“, sagte der Vorsitzende Frank Ulrich Montgomery am Wochenende. dpa

## EUROPA

## Vatikan will Kondome für Aids-Kranke erlauben

ROM. Der Vatikan wird nach Angaben eines Kurienkardinals den Gebrauch von Präservativen für Aids-Kranke zulassen. Der Kirchenstaat arbeite an einem solchen Dokument, das bald veröffentlicht werde, sagte der vatikanische Gesundheitsminister, Kardinal Javier Lozano Baragán in einem Interview. dpa

## WELT

## Fatah und Hamas wollen Konflikt beilegen

GAZA. Führer der radikal-islamischen Palästinenserorganisation Hamas und der früher regierenden Fatah wollen die Auseinandersetzungen zwischen ihren Anhängern beenden. Beide Seiten einigten sich bei einem Treffen unter ägyptischer Vermittlung darauf, alle gegenseitige Provokationen einzustellen, sagte ein Sprecher der Fatah gestern.

## Weitere Proteste in Nepal

KATHMANDU. Die Demokratiebewegung in Nepal hat sich von dem jüngsten Angebot König Gyanendras zur Teilung der Macht nicht beeindruckt lassen. Hunderttausende gingen auch am Wochenende trotz Ausgangssperren im ganzen Land auf die Straße. Am Samstag drang die Menge ins abgesperrte Zentrum von Kathmandu vor.

## Stichwahl in New Orleans

NEW ORLEANS. New Orleans Bürgermeister Ray Nagin hat bei der ersten Bürgermeisterwahl nach Hurrikan „Katrina“ die absolute Mehrheit verfehlt. Der 49-Jährige lag nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis zwar mit 38 Prozent in Führung, muss sich aber einer Stichwahl stellen.

## Botschaft Bin Ladens

DOHA. Der arabische Nachrichtensender Al-Dschasira hat gestern eine Tonbandbotschaft ausgestrahlt, die von Terroristen Osama bin Laden stammen soll. Darin wird der westlichen Welt vorgeworfen, einen „Kreuzzug gegen den Islam“ zu führen. dpa

## Thema des Tages Rassismus

Der Tatverdacht gegen die beiden Beschuldigten wegen des Mordversuchs an einem Deutsch-Äthiopier in Potsdam hat sich nach Angaben der Bundesanwaltschaft erhärtet.



Polizeibeamten führen einen der Verdächtigen (Mitte) zu einem Hubschrauber. Der Verdacht, dass er an dem Mordversuch an einem Deutsch-Äthiopier beteiligt war, hat sich laut Staatsanwalt erhärtet. Archivfoto: Deck/dpa

## DNA-Spuren am Tatort belasten Verdächtigen

Kritik an Schäuble nimmt zu – Opfer schwebt weiter in Lebensgefahr

POTSDAM. Ein 30-jähriger Verdächtiger komme neben dem Opfer als Urheber der DNA-Spuren an am Tatort gefundenen Glassplittern in Betracht, teilte Generalbundesanwalt Kay Nehm gestern in Karlsruhe mit.

Die kriminalistische Untersuchung der Stimm- und DNA-Spuren habe zudem ergeben, dass der zweite Verdächtige „wahrscheinlich einer der Sprecher“ auf der Telefon-Mailbox der Ehefrau des Opfers sei.

Die Bundesanwaltschaft geht weiter von einer fremdenfeindlichen Tat aus. Brandenburgs In-

nenminister Jörg Schönbohm wie auch Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hatten einen rechts-extremen Hintergrund in Frage gestellt.

Schäuble hat nach heftiger Kritik seine umstrittene Äußerungen, blonde und blauäugige Menschen würden ebenfalls Opfer von Gewalt, relativiert.

Er hätte den Satz, es würden auch „blonde, blauäugige Menschen Opfer von Gewalttaten“ auch anders formulieren können, sagte Schäuble gestern in der ARD. „Das wäre auch anders gegangen, da haben Sie Recht. Das hätte ich nicht mit den beiden Begriffen beschreiben müssen.“

SPD-Generalsekretär Hubertus Heil hatte zuvor der Berliner Zeitung gesagt: „Ich finde es bestürzend, dass der Bundesinnenminister solch aggressiven Rassismus zumindest fahrlässig verharmlost.“

Die Ermittlungen zum Tathergang und zum Hintergrund der Tat dauern an. Der Zustand des zweifachen Familienvaters hatte sich leicht gebessert, er ist aber weiter in Lebensgefahr.

Nach Auskunft von Generalbundesanwalt Nehm hat der Deutsche äthiopischer Herkunft schwere Kopfverletzungen erlitten. „Ob darüber hinaus weitere Verletzungen vorliegen, ist bislang nicht klar“, hieß es. dpa

## Von der Leyen will Kindergartenpflicht

Länder lehnen Vorschlag ab – Wulff unterstützt Elterngeld

HAMBURG. Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat sich für eine Kindergartenpflicht ausgesprochen. „Für ganz wichtig halte ich, dass ausländische Kinder vor der Einschulung den Kindergarten besuchen. Das verbessert Sprachkenntnis und Gruppenverhalten“, sagte von der Leyen der „Bild am Sonntag“.

„Es könnte sinnvoll sein, mittelfristig das letzte Kindergartenjahr in ganz Deutschland verpflichtend einzuführen.“ Die Entscheidung liege bei den Ländern. „Wir sind uns einig im Ziel, dass im letzten Jahr vor

der Schule alle Kinder einen Kindergarten besuchen sollten“, sagte die CDU-Politikerin.

Der Vorstoß von der Leyens trifft jedoch in den meisten Bundesländern auf Ablehnung. Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) sagte: „Wir sehen keinen Handlungsbedarf. Unsere Auslastung der Kindergärten im dritten Jahr liegt bei 97 Prozent.“

Auch Nordrhein-Westfalens Regierungschef Jürgen Rüttgers (CDU) erklärte, es bestehe „überhaupt keine Notwendigkeit, eine Kindergartenpflicht einzuführen“. Ähnlich äußerte sich Niedersachsens Regierungschef Christian Wulff.

Im Streit um das Elterngeld stärkte der CDU-Vize der Familienministerin den Rücken. Wie Saarlands Regierungschef Peter Müller und Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger sprach er sich für die umstrittenen Väternate aus.

„Wir sollten einen Akzent setzen hin zu mehr Väterverantwortung bei der Kindererziehung“. Das von Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) entwickelte Modell sei „eine gute Sache“. dpa

## Berlusconi singt zum Abschied ein Lied

Italiens scheidender Ministerpräsident droht Prodi, jeden erdenklichen Knüppel zwischen die Beine zu werfen

Von Peer Meinert

ROM. Nicht nur Silvio Berlusconi ist für eine Überraschung gut. Das ganze politische Rom versetzt derzeit das Volk in Erstaunen: Da soll ausgerechnet Altkommunist Fausto Bertinotti (66) Präsident der Abgeordnetenkammer werden, im Gegenzug schiebt das rechte Lager den immerhin 87-jährigen Giulio Andreotti ins Rennen um den Posten des Senatspräsidenten.

Und zu alledem setzt Berlusconi seinen Abschied von der Macht mit einem herzzerreißenden Liedchen in Szene. Schon des öfteren hat der scheidende Ministerpräsident sein

Volk in den vergangenen Jahren mit neapolitanischen Liebesliedern zu entzücken versucht. Diesmal bereitete er seine Anhänger mit melancholischen Weisen auf das Unvermeidliche vor.

„Lasst uns gehen, verlassen wir alles, die Parteien, das Fernsehen, die Zeitungen“, sang der 69-Jährige bei einem Abendessen in Triest. Was aber nicht heißen soll, dass Berlusconi klein beigibt. Im Gegenteil, unmissverständlich machte er klar, dass sich der designierte Ministerpräsident Romano Prodi auf „Total-Opposition“ gefasst machen

muss. Jeden nur erdenklichen Knüppel werde man Prodi angesichts seiner hauchdünnen Mehrheit zwischen die Beine werfen, signalisierte Berlusconi. Im Grunde lauert er da-



„Lasst uns gehen, verlassen wir alles, die Parteien, das Fernsehen, die Zeitungen“

Silvio Berlusconi

rauf, dass Prodis Regierung bald ins Trudeln gerät, bestenfalls zu einer „Fußnote“ solle sie werden.

## „Dramatische Steigerung der Ausgaben“

Kostenexplosion bei Hartz IV: Mit Jochen-Konrad Fromme, CDU-Finanzexperte und Abgeordneter im Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel, sprach Christian Kerl.



Die Ausgaben für Hartz-IV-Leistungen steigen weiter. Was läuft schief?

Es gibt eine dramatische Steigerung der Ausgaben, die den Haushalt zu sprengen droht und das gesamte soziale Netz gefährdet. Der Bund gibt 13 Milliarden Euro mehr aus als vorher für Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammen.

Trotz der erhöhten Leistungen sind alle mit Hartz IV unzufrieden. Die Gründe: Die Bezüge ehemaliger Sozialhilfeempfänger wurden auf Arbeitslosenhilfeniveau angehoben. Und es gibt eine Million Leistungsempfänger mehr, weil drei Gruppen zusätzlich ins System strömen.



Jochen-Konrad Fromme, CDU.

Um welche Gruppen geht es?

Für Menschen, die sich um Sozialhilfe nicht gekümmert haben, ist das Arbeitslosengeld II offenbar attraktiv. Zunehmend beziehen Leute, die nur ein geringes Einkommen haben, zusätzlich diese Leistungen.

Und dann erhalten es junge Leute, die von zuhause ausziehen und frühe gar keinen Anspruch hatten – diese Entwicklung soll jetzt per Gesetz zurückgedreht werden, aber das wird kaum gelingen.

Man kann den Leuten nicht vorwerfen, dass sie Leistungen in Anspruch nehmen. Aber es sind Fehler im Gesetz gemacht worden. Wir wollten nicht zusätzliche Leistungen ausschütten an Bezieher, die darauf gar nicht angewiesen sind. Hier muss dringend umgesteuert werden.

Was schlagen Sie vor?

Bei jungen Leuten muss der Familienverband stärker in die Pflicht genommen werden. Wir müssen prüfen, ob – abgesehen von der Altersvorsorge – eigenes Vermögen nicht stärker angerechnet werden sollte.

Und wir sollten die Leistungen differenzieren: Es muss nicht sein, dass jemand, der nur ein halbes Jahr überhaupt gearbeitet hat, Arbeitslosengeld II weit über Sozialhilfeniveau erhält.

Das kostet enormes Geld, da kann man die Sätze absenken. Es ist ungerecht, dass solche Leute genauso behandelt werden wie jemand, der 30 Jahre gearbeitet hat.

Schließlich müssen wir Zuwanderung stärker steuern – damit Arbeitnehmer zu uns kommen und nicht Bezieher von Sozialleistungen.

Der erste Knüppel, mit dem die künftige Opposition droht, heißt Andreotti. Der siebenmalige Ministerpräsident hat zwar mit seinen 87 Jahren seine besten Zeiten hinter sich, doch das hindert das rechte Lager nicht, ihn in eine Kampfkandidatur in den Senat zu schicken.

„Ich betone, dass ich nicht zu den politischen Lagern gehöre“, versucht Andreotti die Lage zu entschärfen. Doch die Wahl zum Senatspräsidenten am Freitag ist die erste Kraftprobe zwischen Prodi und Berlusconi, Prodi hat zwei Stimmen Mehrheit. dpa